

**Niederschrift** über die 23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Suhl am 24.03.2021 (öffentlich)

**Ort:** Congress Centrum Suhl - großer Saal, Friedrich-König-Straße 7, 98527 Suhl

**Zeit:** 17:00– 22:10 Uhr

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE** (gemäß Ablauf der Sitzung)

	Beschluss-Nr.	
<b>Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)</b>		
<b>Öffentlicher Teil</b>		
4.	Feststellung der Anwesenheit	
5.	Abstimmung über das Rederecht für Gäste	
6.	Abstimmung über die Tagesordnung	
7.	Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)	
8.	Informationen des Oberbürgermeisters	
8.1.	Beschlussfassung über die Niederschrift der 22. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.02.2021	<b>STR 345/23/2021</b>
9.	Wahl von zwei Mitgliedern für den Seniorenbeirat der Stadt Suhl	<b>STR 346/23/2021</b>
10.	Bericht zur aktuellen Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl, insbes. Vorstellung des Gewaltschutzkonzeptes und weiterer Maßnahmen der Landesregierung entsprechend dem Erfahrungsbericht/der Vorschläge von Herrn Hasenbeck sowie die geplante Gründung des Landesamtes	
11.	Behandlung von Beschlussvorlagen	
11.1.	Schulnetzplanung der Stadt Suhl für die Schuljahre 2021/2022 - 2025/2026	
11.1.1.	dazu: Schulnetzplanung der Stadt Suhl für die Schuljahre 2021/2022 - 2025/2026 Bestimmungen zu zukünftigen Schulstandorten, Schulbezirken, Inklusion und Migration auf der Grundlage des Thüringer Schulgesetzes (ThürSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 Gesamtausgabe in der Gültigkeit ab 01. August 2021	<b>STR 347/23/2021</b>
11.2.	Stellungnahme zum Entwurf des Schulnetzplanes des Ilm-Kreises ab dem Schuljahr 2021/2022	<b>STR 348/23/2021</b>
11.3.	Stellungnahme zum Berufsschulnetz des Ilm-Kreis ab dem Schuljahr 2022/2023	<b>STR 349/23/2021</b>
11.4.	Übertragung von im Rahmen der Eingemeindung von Schmiedefeld und Gehlberg übernommenen Vermögensgegenständen an den Eigenbetrieb „Kommunalwirtschaftliche Dienstleistungen Suhl“	<b>STR 350/23/2021</b>
11.5.	Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2021 für die Investitionsmaßnahme „Ersatzneubau Ufermauer An der Lauter“	<b>STR 351/23/2021</b>
11.6.	Zustimmung zum Ruhen des Normenkontrollverfahrens Stadt Suhl gegen Stadt Zella-Mehlis	<b>STR 352/23/2021</b>
11.7.	Beschluss eines Maßnahmenpaketes der Stadt Suhl zur Unterstützung der Suhler Wirtschaft, insbesondere der Gewerbetreibenden und Gastronomen der Suhler Innenstadt (Suhler Starthilfe)	<b>STR 353/23/2021</b>
12.	Behandlung von Anträgen	
12.1.	Kulturausschuss Aufhebung des kw-Vermerkes Punkt 38, 6. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept der Stadt Suhl bis 2025	
12.2.	Fraktion DIE LINKE. Neubesetzung Stadtentwicklungsausschuss	<b>STR 354/23/2021</b>
13.	Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürger-	

- meisters
- 13.1. Information über einen gefassten Beschluss des Werkausschuss EBKDS in seiner 14. Sitzung am 09.02.2021
- 13.2. Information über gefasste Beschlüsse des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport in seiner 15. Sitzung am 11.02.2021
- 13.3. Information über gefasste Beschlüsse des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses in seiner 21. Sitzung am 16.02.2021
14. Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (2) Geschäftsordnung  
**Nicht öffentlicher Teil (TOP 15 – 18)**

**Nicht öffentlicher Teil**

**Öffentlicher Teil**

---

**TOP 4.: Feststellung der Anwesenheit** | öffentlich -

---

Von 36 Stadtratsmitgliedern zuzüglich Oberbürgermeister sind:  
 33 anwesend = 89,2 %  
 2 fehlen entschuldigt  
 2 fehlen unentschuldigt.

Damit ist der Stadtrat beschlussfähig.

StR-Mitgl. Herr Weltzien gibt eine persönliche Erklärung zu einem Vorfall in der letzten Stadtratssitzung zum TOP 11.3. im öffentlichen Teil ab.

---

**TOP 5.: Abstimmung über das Rederecht für Gäste** | öffentlich -

---

**Geschäftsordnungsantrag Nr. 15/2021**

Rederecht für  
 Herrn Roßner, Präsident Thür. LVwA  
 Herrn Paterok, Leiter EAE

zum TOP 9:

Bericht zur aktuellen Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl, insbes. Vorstellung des Gewaltschutzkonzeptes und weiterer Maßnahmen der Landesregierung entsprechend des Erfahrungsberichtes/der Vorschläge von Herrn Hasenbeck sowie zur geplanten Gründung des Landesamtes

**Abstimmungsergebnis:**

33 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit erhalten o. g. Herren das Rederecht zum TOP 9.

---

**TOP 6.: Abstimmung über die Tagesordnung** | öffentlich -

---

**Abstimmungsergebnis:**

33 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Tagesordnung bestätigt.

Hinweise der Vorsitzenden:

- Ältestenrat hat sich am 16.03.2021 getroffen
- festgestellt wurde, dass es in der letzten Sitzung keine Fehler bei den Abstimmungen und auch keine Mängel bei der Abstimmungstechnik gab
- Zwischenlösung für bessere Visualisierung wurde gefunden – Ergebnis wird an Leinwand angezeigt
- nachträglich wird folgenden StR-Mitgliedern ganz herzlich zum Geburtstag gratuliert:
  - . Frau Ronja Lenz
  - . Herrn Dr. Martin Kummer
  - . Herrn Andreas Unger
  - . Herrn Dr. Jens Triebel

---

**TOP 7.:      **Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) Geschäftsordnung****  
(schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)

- öffentlich -

---

Hinweis der Vorsitzenden:

- wenn Bürger Fragen zu einem späteren TOP haben, dann jetzt stellen – später kein Rederecht

Es werden keine Anfragen gestellt.

---

**TOP 8.:      **Informationen des Oberbürgermeisters****

- öffentlich -

---

StR-Mitgl. Herr Perlich nimmt an der Sitzung teil = 34 Stimmberechtigte anwesend.

- im März-Stadtrat war das Thema „Bericht zum Stand der Arbeit zur Entwicklung des Oberzentrums und des Regionalmanagements Thüringens Süden“ vorgesehen - heute nicht auf der Tagesordnung, da es dazu nur zwei Informationen gibt
  - 17.02.2021 – Übergabe des Bescheides zum Regionalbudget in Höhe von 900.000,00 Euro durch Minister Tiefensee
  - Regionalmanagement nimmt nun die Arbeit im Haus der Wirtschaft auf
  - zwei Workshops zur Markenbildung Thüringens Süden und Entwicklung einer gemeinsamen Kommunikationsstrategie durchgeführt (17.02.2021 und 26.02.2021)
  - konkrete Arbeit mit der neuen Marke ab Mitte 2021 geplant
- bei KAG hat 3. Lenkungsgruppensitzung letzte Woche in digitaler Art stattgefunden
  - Entwürfe Reg. Entwicklungskonzept und Reg. Einzelhandelskonzept vorgestellt sowie geplante Umsetzung für den Fall, dass diese über Fördermittel in Umsetzung gebracht werden können
  - Fördermittelantrag wurde gestellt – Entscheidung Anfang Mai
  - Lenkungsgruppenmitglieder können noch Hinweise zu Konzepten mitteilen
  - Beschlussfassung in Gremien noch nicht terminiert
  - gemeinsame Sitzung wäre vorteilhaft, aber aufgrund pandemischer Situation derzeit nicht möglich – evtl. Videokonferenz (Änderung ThürKO abwarten)
- aktuelles Infektionsgeschehen
  - zeigt Entwicklung anhand einer Folie – Suhl immer um Inzidenz von 200, jetzt 155
  - letzte Woche zwei Allgemeinverfügungen erlassen (z. B. Tragen Mund-Nasen-Bedeckung, Verhalten nach positivem Selbsttest)
  - Testzentrum dürfen krankheitsverdächtige Personen nicht besuchen
  - bislang wurden in sieben Tagen 812 Personen durch Schnelltest getestet, davon 13 positiv
  - ab nächster Woche Öffnungszeiten erweitert Montag-Freitag 9.00 – 13.00 Uhr, 14.00 – 18.00

Uhr, Samstag 9.00 – 12.00 Uhr

- Bundeswehr unterstützt bei Testungen, darum können Öffnungszeiten erweitert werden
- letzte Woche aufgrund Empfehlung oberer Behörden Allgemeinverfügung, welche auch Schulen und Kitas betrifft, erlassen
  - . ab 150 Inzidenz/7 Tage entweder beides schließen oder verschärfte Maßnahmen zum Infektionsschutz müssen vorgenommen werden
  - . Erzieher sollten grundsätzlich Mund-Nasen-Bedeckung tragen, weil hier verstärkt britische Mutation im Umlauf ist
  - . hier Überträger mit 3-fach höherer Wahrscheinlichkeit sind Erwachsene/Erzieher
  - . Stadelternsprecher haben sich an Verwaltung gewandt, dass sie diese Maßnahme sehr skeptisch sehen
  - . gestern Treffen mit Stadelternsprechern
  - . heute Morgen im Krisenstab Neubeurteilung vorgenommen: entschieden, dass Erzieher obligatorisch Mund-Nasen-Bedeckung tragen müssen, aber in geschlossenen Gruppen kann Tragen ausgesetzt werden
  - . Testangebot dreimal pro Woche für Erzieher – Testpflicht kann aufgrund Rechtslage nicht angeordnet werden
- heute erste Selbsttest an Suhler Schulen – bis Mittag zwei positive Tests am Gymnasium und Grundschule; PCR-Tests folgen
- Bitte an alle, Pandemielage bei den Osterferien/Feiertage bedenken

**TOP 8.1.:** Beschluss-Nummer: **STR 345/23/2021**  
**Beschlussfassung über die Niederschrift der 22. Sitzung des Stadtrates Suhl am 24.02.2021**

- öffentlich -

**Der Stadtrat beschließt:**

Die Niederschrift der 22. Sitzung des Stadtrates am 24.02.2021 wird bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

30 Ja - 0 Nein - 4 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit ist die Niederschrift beschlossen.

**Geschäftsordnungsantrag Nr. 16/2021**

Vorsitzende

Sie beantragt den TOP 10 vorzuziehen, da die Gäste zum TOP 9 noch nicht anwesend sind.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird konkludent zugestimmt. Somit wird TOP 10 vorgezogen und zu TOP 9, TOP 9 wird zu TOP 10.

**TOP 9.:** Beschluss-Nummer: **STR 346/23/2021**  
**Wahl von zwei Mitgliedern für den Seniorenbeirat der Stadt Suhl**

- öffentlich -

Hinweise der Vorsitzenden:

- Folgende Mitglieder haben ihr Amt niedergelegt:
  - Frau Edith Ehrhardt zum 04.03.2021
  - Frau Ellen Göttlich am 02.11.2020
- Vorschläge für neue Kandidaten wurden mit Unterlagen verteilt
- Gibt es weitere Vorschläge? Wenn nicht, ist die Kandidatenliste abgeschlossen.
- Jedes stimmberechtigte Mitglied hat zwei Stimmen
- Gewählt sind die Bewerber in der Reihenfolge der höchsten Stimmenzahl. Bei Stimmengleichheit

für den letzten zu vergebenden Sitz im Beirat erfolgt eine Stichwahl. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los (§ 5 Abs. 5 und 6 der Seniorenbeiratssitzung).

- bittet darum, dass jeder seinen eigenen Stift in Wahlkabine mitnimmt
- Zur Durchführung des heutigen Wahlverfahrens muss eine Wahlkommission gebildet werden.
- bittet Vorsitzende der Fraktionen, je einen Vertreter der Fraktion zur Bildung einer Wahlkommission zu benennen:

→ Wahlkommission:

Fraktion CDU	-	StR-Mitgl. Herr Schwarz
Fraktion Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen	-	StR-Mitgl. Herr Zänglein
Fraktion DIE LINKE.	-	StR-Mitgl. Frau Lenz
Fraktion AfD	-	StR-Mitgl. Herr Kremer
Fraktion SPD	-	StR-Mitgl. Herr Nagel

#### **Abstimmungsergebnis:**

34 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit wird die Wahlkommission bestätigt und nimmt ihre Arbeit auf.

#### **Wahlhandlung zum Wahlverfahren**

##### Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden der Wahlkommission

Von 34 Wahlberechtigten erhielten:

Maria Neupert	5 Stimmen
Uwe Schult	18 Stimmen
Monika Katzberg	7 Stimmen
Marita Bochert-Zimmermann	24 Stimmen
Rainer Voelkel	1 Stimme
Doris Conrad	13 Stimmen

Damit sind Frau Marita Bochert-Zimmermann und Herr Uwe Schult als Mitglieder im Seniorenbeirat gewählt worden.

**TOP 10.: Bericht zur aktuellen Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung Suhl, insbes. Vorstellung des Gewaltschutzkonzeptes und weiterer Maßnahmen der Landesregierung entsprechend dem Erfahrungsbereich/der Vorschläge von Herrn Hasenbeck sowie die geplante Gründung des Landesamtes**

Gäste: Herr Roßner, Präsident Thür. LVWA  
Herr Paterok, Leiter EAE

- öffentlich -

##### Herr Roßner, Präsident Thür. LVWA

aktuelle Lage Erstaufnahmeeinrichtung (EAE)

- Jahr 2020 ca. 2.500 Ankommende – durchschnittlich 8/Tag
- Jahr 2015 ca. 20.000 Ankommende
- gestern 521 Bewohner in EAE
  - 9 Covid-Infizierte und ca. 30 Kontaktpersonen in Quarantäne
  - eine Ankunftsabsonderung (Ankommende werden 14 Tage abgesondert und getestet)
- in EAE wird getestet, Besucher und Mitarbeiter
- Spitzenwert war 13 Infizierte in EAE, aber es wurde kein Infektionsgeschehen in EAE getragen

- Fälle wurden im Rahmen des Ankunftsmanagements erkannt, in enger Zusammenarbeit mit Gesundheitsamt entsprechende Schritte eingeleitet
- keine Infektion bei Beschäftigten und keiner von ihnen hat Infektion in EAE getragen

#### Anfrage der Vorsitzenden

- Ist es richtig, dass die Neuankömmlinge sich freiwillig absondern?
- Wenn ja, warum?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- amtliche Verfügungen nach IFSG kann nicht LVwA erlassen
- Neuankömmlinge müssen Selbstisolation freiwillig ableisten, weil es keinen amtlichen Bescheid dafür gibt
- keine Schwierigkeiten in Vollziehung
- seit Februar 2020 Haus 18 als Kaskade entwickelt

#### Gewaltschutzkonzept

- hat manche Meldungen nicht verstanden
- haben häufig Informationen herausgegeben, weil Meldungen in Presse, von welchen Quellen auch immer, nicht Aktenlage entsprochen haben
- haben Gewaltschutzkonzept mit denen anderer Bundesländer verglichen, z. B. Hessen Stand Februar 2019 - 26 Seiten, Sachsen 02.09.2016 - 12 Seiten, Brandenburg – 20 Seiten
- in der Regel werden Konzepte vom Betreiber erstellt
- Thüringen
  - Stand Dezember 2019 – 28 Seiten, 20 Seiten Anlagen
  - unterschrieben von Frau Leffler, Leiterin EAE bis 31.07.2020
  - enthält Dinge, die enthalten sein müssen
- Diskussion zum Konzept ist immer aufgekommen im Zusammenhang mit polizeirelevanten Einsätzen
- ist Schutzkonzept für besonders schutzwürdige Gruppen, z. B. allein reisende Frauen, Kinder, Menschen mit besonderen religiösen oder sexuellen Orientierungen
- enthalten ist entsprechendes Profiling im Ankunftsmanagement, dann Organisation von getrennter Unterbringung – im Zweifelsfall auch besonderer Schutz
- rückwirkend letzte Jahre hinsichtlich Gruppen mit besonderem Schutz angesehen – Vorkommnisse nicht mit diesen in Verbindung zu bringen
- Schutzkonzept trifft auf Problemlagen zu, die nicht in Medien in letzten Monaten relevant gewesen sind, z. B. Rivalitäten zwischen bestimmten Gruppen, welche nicht im Konzept als besonders gefährdet betrachtet werden
- bezieht sich nicht auf Vorkommnisse, die in die Stadt getragen werden
- Überlegung, Konzept auf Homepage zu stellen
- Evaluierung Konzept erfolgt ständig
- aufgrund Vorkommnisse wird überlegt, wo Konzept noch verbessert werden kann – z. B. verstärkte Verwendung elektronischer Warngeräte (besonders gefährdete Leute erhalten Piepser, mit dem sie Unterstützung anfordern können)

#### StR-Mitgl. Frau Vestner, CDU

- Quarantäneversprechen von 2020 ist immer noch nicht erfüllt
- Gewaltschutzkonzept gilt immer nach Außen und Innen
- Stadträte wurden von Bürgern gewählt, diese haben Fragen
- ein auf Suhl zugeschnittenes Konzept wurde versprochen, das gilt nach Außen und Innen
- Bayern und Hessen interessiert hier nicht – wollen Inhalt Gewaltschutzkonzept für Suhl hören

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- Quarantäneversprechen – müsste sie näher erläutern
- Gewaltschutzkonzept für EAE Suhl hat immer vorgelegen, wird ständig evaluiert

- wird mit zuständigem Ministerium Migration besprochen – sind sich einig
- Stadträte können anderer Meinung sein, aber es muss beachtet werden, was LVwA machen kann und was nicht
- LVwA sind Vertreter vom Freistaat Thüringen, die mit spezieller Rechtskonstellation in EAE arbeiten
- EAE weist im Objekt drei verschiedene Kategorien an Räumlichkeiten vor: Amtsräume Thür. Landesverwaltung, Gemeinschaftsbereiche für Geflüchtete und Wohnungen für Geflüchtete, die Wohnsitz in Suhl haben (Bürger von Suhl sind)
- Wohnungen unterliegen nach Grundgesetz einem besonderen Schutz – LVwA nur eingeschränkte Möglichkeiten, etwas zu tun
- Möglichkeiten, im Rahmen Gewaltschutzkonzept, Sanktionen zu verhängen:
  - alle Konzepte, die er kennt – nur eine Möglichkeit: zeitweise Verweisung aus Anlage
  - spezielle Unterbringung von Auffälligen wurde diskutiert – gibt keine Einrichtung in Thüringen, wo diese untergebracht werden können
  - in Coronazeiten Schwierigkeiten bei Geflüchteten, Quarantänebedingungen einzuhalten
  - Polizei und Gerichte haben mehr Möglichkeiten
  - Quarantänemaßnahmen, wenn sie Maßnahmen im rechtlichen Rahmen nach sich ziehen, müssen durch zuständige Gesundheitsämter ausgelöst werden
  - bei Amtsräumen und Gemeinschaftsräumen gibt es Regularien, die durchgesetzt werden können, aber sie haben kein Recht, in Wohnbereiche zu gehen
  - gibt falsche Vorstellungen zum Gewaltschutzkonzept
- schärfste Waffe im Konzept – kurze Aufenthaltsdauer in Suhl
- nur Thüringen Regelverweildauer von 3 – 4 Wochen, in allen anderen Bundesländer ist sie länger
- je länger sich Geflüchtete in solchen Einrichtungen aufhalten, umso größer Gefahr, dass Aggressionen aufgebaut werden und sich Strukturen entwickeln
- März 2020 Ereignisse bei Quarantäne, als ein positiver Coronafall in EAE war
  - Einrichtung wurde gesperrt, da noch keine Erfahrung im Umgang mit so einem Fall
  - Druck in EAE stieg an
  - Einrichtung wird jetzt nicht mehr geschlossen
  - nach Einschätzung Polizei, dass Lage schwieriger wird, wurde Gruppe von 24 Personen zur Ableistung der Quarantäne in andere Einrichtung verlegt
  - war Maßnahme der Stadt Suhl – musste das gerichtlich beantragen, wurde genehmigt
  - nach Ablauf Quarantäne wurden Personen auf Thüringen verteilt
  - keine Rückmeldung, dass jemand von denen auffällig geworden ist
  - in Deutschland über 150 größere Vorkommnisse von Unruhen in EAE/Gemeinschaftsunterkünften, z. B. Sachsen-Anhalt 14 Tage Unruhe, als Quarantäne über Einrichtung verhängt wurde
- festgestellt, dass es seit langer Zeit Gruppe unter Geflüchteten gibt, die es der Stadt, den anderen Geflüchteten in EAE und den dort Tätigen schwermacht
- ist seit Jahren so, sind ca. 2 – 5 % der Ankommenden
- LVwA hat im Rahmen Gewaltschutzkonzept erwogen, ob andere Elemente eingebaut werden können
- ist aber auf Zustimmung des jeweiligen Fachministeriums angewiesen - diese schätzen ein, dass Aufgaben mit derzeitigem Konzept erledigt werden können
- in vergangenen Jahren wurden bei schwierigen Situationen Auffällige auch in andere Bundesländer gebracht – geht aufgrund geänderten Ablaufs im bundesweiten Flüchtlingsmanagements nicht mehr
- haben keinen Einfluss auf Ankommende: gibt zwei Gruppen, die in Suhl registriert werden
  - ca. 40 % stehen einfach vor EAE, sagen nicht, wo sie herkommen – BAMF versucht, dies zu klären
  - Flüchtlinge, die in einem anderen Bundesland angekommen sind
- gibt bundesweites System ISIE und Quote - 2,9 % der in Deutschland ankommenden Flücht-

- linge muss Thüringen aufnehmen
- wenn Suhl keine EAE hätte, müsste Suhl davon 1,75 % aufnehmen
- wegen EAE kann Suhl aufnehmen, muss aber nicht
- wenn in anderen Bundesländern zu viele angekommen sind, erhalten sie die Information, dass sie nach Thüringen müssen
- erhalten Fahrkarte und Geld; müssen in 14 Tagen in Thüringen sein
- LVwA erhält Information, dass sie unterwegs sind; aber wann sie eintreffen, ist sehr unterschiedlich
- deshalb kann EAE nicht einfach zu gemacht werden bzw. sagen, dass keine mehr aufgenommen werden
- Idealfall: Durchlauf wird in 3 – 4 Wochen geschafft (medizinische Untersuchung, Einpflege Daten, Erstkontakt mit BAMF), dann auf andere Gebietskörperschaften verteilt
- durch Corona dauert Durchlauf länger, ca. 6 – 7 Wochen

#### StR-Mitgl. Frau Vestner, CDU

- wartet noch auf Quarantänegeld von 2020
- bezieht sich auf Aussage „nicht betreten der Wohnung – Grundgesetz – Unantastbarkeit der Wohnung“ – es muss überall mit gleichem Maß gemessen werden
- hatte fünf Bewohner auf einer Station, die an Corona erkrankt waren – ganze Station wurde unter Quarantäne gestellt, sie durfte Bewohner nicht aus den Zimmern lassen
- lt. Hygieneanordnung TMSG so gefordert
- kann nicht sein, dass manche sich freiwillig in Isolation begeben und andere müssen es

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- Pflegeheim ist andere Situation
- wenn es mehrere Leute auf einer Etage in EAE betrifft, ist es auch so
- Dezember: 40 Leute wurden gemeinsam in Quarantäne durch Gesundheitsamt Suhl versetzt, weil sie als Kontaktperson 1. Grades von drei Infizierten gegolten haben
- kommt darauf an, was die Ankunft betrifft
- z. B. wenn jemand aus Baden-Württemberg kommt, der muss sich in Quarantäne begeben
- EAE bietet Schnelltests an – Flüchtlinge machen den freiwillig
- Schwierigkeiten gab es als EAE abgeriegelt wurde, frühs verummte Polizisten davor standen und Flüchtlinge nicht wussten, was los ist
- seit Dezember Dauerquarantäne wegen Windpocken – EAE stand drei Monate unter Quarantäne und fast nahtlos kam Quarantäne wegen Covid
- viele Flüchtlinge dachten, dass Covid so etwas wie Ebola ist
- 01. März war Betreiberwechsel, am 13. ist „Rückgrat seiner Mannschaft“ in Quarantäne geschickt worden
- das alles führte zu einer schlimmen Stimmungslage – wäre genauso, wenn man Block in Wohngebiet einfach abriegelt
- Anträge Quarantänegeld werden bearbeitet – Antrag vom November wird in ca. 3 Wochen dran sein
- Papieranträge brauchen 5 – 8 Mal so viel Zeit wie elektronische

#### Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Perlich, CDU

- Er hat verstanden: wenn Neuankömmlinge kommen, könne diese freiwillig in Quarantäne gehen oder 14 Tage in Quarantäne
- bitte noch einmal erläutern

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- LVwA kann keine Quarantäne auslösen, das ist amtliche Verfügung

- anderes ist die Selbstabsonderung

#### Herr Paterok, Leiter EAE

- Einreisquarantäne gilt aufgrund von Verordnungen 14 Tage – ist verpflichtend für alle
- jetzige Verordnung ermöglicht eine Freitestung nach 5 Tagen: Ergebnis negativ, dann kann Quarantäne vorzeitig abgebrochen werden – für alle gleich
- wenn Flüchtling Einreisquarantäne bricht, wird dies Gesundheitsamt gemeldet
- Herr über Verfahren zur Quarantäne und Isolation ist örtlich zuständiges Gesundheitsamt
- entscheidet, wie mit Bruch von Quarantäne umgegangen wird
- gleiches gilt bei positiver Testung: individueller Bescheid wird vom Gesundheitsamt erlassen
- falls erlassene Quarantäne gebrochen wird, entscheidet Gesundheitsamt über Sanktionen
- dann kann abgesondert werden – Person wird anders isoliert
- Grundsatz ist: Mensch hält freiwillig Quarantäne ein; tut er das nicht, kann Gesundheitsamt Absonderung anordnen
- letztes Mittel: Absonderung wird mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt
- dies kann Gesundheitsamt selbst tun oder mit Amtshilfe (nur Polizei)
- freiheitsentziehende Maßnahmen kann nur entsprechende Behörde oder in Amtshilfe die Polizei durchsetzen - alle anderen machen sich strafbar

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- von Herrn Paterok Vorgetragenes gilt für alle Bürger der Stadt Suhl

#### Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Dr. Uske, CDU

- Frage zum Konzept, welches nicht greift beim Großteil der tatsächlichen Probleme: Warum dauert die Evaluierung über zwei Jahre, wenn sie so wenige Ergebnisse bringt?
- Sollten die Leute, die evaluieren, nicht besser geschult oder mit der Realität konfrontiert werden?
- wenn Gewaltschutzkonzept vorliegt, dass nur Probleme prägt, die nicht auftreten, muss LVwA kreativ werden und nicht bei anderen Bundesländern abschreiben
- Gewalt, die in EAE auftreten kann, kann Wirkung nach außen haben
- Suhler erwarten, dass Betreiber nicht sagt, dass er damit nichts zu tun hat, nur Zuschauer ist und keine Möglichkeiten zum Eingreifen hat
- LVwA kann personelle und sächliche Voraussetzungen schaffen
- Stadt Suhl fordert seit Jahren z. B. Brandschutz, Videoüberwachung in öffentlich einsehbaren Bereichen, damit die Leute, die größtenteils friedlich sind, auch geschützt werden können
- Probleme bereiten nur 2 – 5 %
- Warum dauert das alles so lang?
- Wo ist der Hemmschuh im LVwA?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- ist die Aufgabenverteilung
- LVwA hat Aufgaben in EAE im Rahmen seiner Zuständigkeiten
  - Verwaltungsmitarbeiter, die erledigen, was verwaltungstechnisch zu bearbeiten ist
  - Dienstleister, mit denen das LVwA das gemeinsam macht
  - 14 Dienstleistungsverträge für EAE: einer mit LVwA, 13 mit anderen Ämtern des Freistaates
  - haben nichts mit Problemfällen zu tun
- diese 2 – 5 % treten in der Regel mit situativen Ausfällen auf, z. B. Ausfall Brandschutzanlage
- 2019 waren Probleme eingedämmt, 2020 vermehrt aufgetreten – u. a. weil sich Gerücht unter Flüchtlingen hält, dass diese mit Brandschutzanlagen ausspioniert werden können
- überlegen, was dagegen gemacht werden kann – ist nicht einfach, Meldeanlagen außer Reichweite anzubringen
- besser geworden ist, dass Verursacher öfter festgestellt werden – Tat wird verfolgt

- Problem Quarantänebrecher neu – im Moment keine Lösung
- Gesetz schreibt Lösung vor, die nicht umgesetzt werden kann – zuständig ist Gesundheitsamt
- wer Quarantäneregeln nicht einhält, wird in geschlossenem Bereich eines Krankenhauses untergebracht – Kapazitäten Krankenhäuser zur jetzigen Zeit kennt jeder
- diese Lösung ist nicht zu Ende gedacht – Sanktion nicht umsetzbar
- kann sich keine Sanktion in Thüringen vorstellen, die mehr bringen würde als die jetzige
- Asylbewerber müssen nicht in EAE untergebracht werden, könnten auch in Einzelwohnungen bleiben
- Grund für EAE ist, dass sie sich für zügiges Verwaltungsverfahren bereithalten sollen
- gleichzeitig kann medizinisches Verfahren besser koordiniert und durchgeführt werden
- ansonsten sind sie freie Leute
- Videoanlage wurde erwogen, als es Angriffe von außen auf Flüchtlingsanlagen gab – in Suhl zum Glück nicht, darum hier keine Videoanlage
- haben Debatte mit Landesdatenschutzbeauftragten (LDB) zur Videoüberwachung
- Videoüberwachung kann als Schleife genehmigt werden, aber nicht in Wohnbereichen
- muss gesichert sein, dass es Gefährdungsprognose gibt, die diese Maßnahme rechtfertigt und es keine Alternative gibt, die angemessener wäre
- hat keine Ahnung, auf welche Ereignisse in den Fluren EAE verwiesen werden, die dem LDB gemeldet werden müssten

#### StR-Mitgl. Herr Kalkhake, CDU

- z. B. Auslösen Brandmeldeanlagen, Zerstörung von sehr vielen Türen – das könnte man mit Kameras auf Fluren aufklären

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- wird nicht ausreichen, um LDB zu einer Genehmigung zu bringen
- hat wie Oberbürgermeister Amtseid geschworen, d. h. er hält sich an alle Gesetze, die in Thüringen gelten
- wenn Kameras aufgebaut werden sollen, braucht er eine Genehmigung
- Debatte, die Erfolg haben könnte, wären Kameras im Außenbereich – nicht einsehbare Bereiche vom Eingang aus, besonders in Nachtstunden
- haben/versuchen Kameras im unteren Bereich des Objektes, auf anderer Straßenseite
- detailliert kann nur ohne Öffentlichkeit berichtet werden, hat Gefahrenanalyse der Polizei hier – in EAE gibt es keine Gefährdungssituation, die Videoüberwachung auf Fluren rechtfertigt

#### Oberbürgermeister Herr Knapp

- bei Quarantänebrecher ist zwar Gesundheitsamt zuständig, aber es kann zwangsweise Absonderung nicht allein anordnen, dafür ist immer richterlicher Beschluss notwendig
- zuständige untere Gesundheitsbehörde macht im Antrag Vorschlag, welche Einrichtung sie als möglich erachtet
- in Vergangenheit wurde EAE dem Gericht als geeigneter Ort nachvollziehbar dargelegt, richterliche Beschlüsse wurden dementsprechend gefasst
- Durchsetzung der zwangsweisen Absonderung kann nur durch Polizei im Rahmen Amtshilfeversuchen durchgesetzt werden – wurde des Öfteren so praktiziert
- Rolle LVwA nicht darauf reduziert, dass es Verträge verwaltet und kontrolliert, sondern es ist Betreiber EAE – deswegen wünscht Suhl sich in dem Duktus das Engagement, was „wir vermutet hatten“ im letzten Jahr, als die Evaluation durch Herrn Hasenbeck anstand
- hier Gesagtes/Gefordertes im Kontext zum Bericht von Herrn Hasenbeck stellen, wo solche Maßnahmen wie Videotechnik im Innenbereich oder Austausch Papptüren durch Stahltüren u. a. Gewaltschutzmaßnahmen gewesen sind, um Übergriffe in EAE zu reduzieren

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- ausdrückliche Unterstützung zum 1. Teil

- stehlen sich nicht aus Verantwortung
- haben im Moment erhebliche Kräfte konzentriert, die zusätzlich da sind, Aufgaben während Corona dort mit zu erledigen
- LVWA hat ca. 800 Mitarbeiter
- LVWA im Moment auf Pandemiemodus umgestellt, d. h. Aufgaben von LVWA werden jetzt von 200 Mitarbeitern erledigt
- erwartet fairen Umgang; lässt sich gern an dem messen, was möglich ist
- Gewaltschutzkonzepte anderer Bundesländer weisen keine anderen Maßnahmen auf, Thüringen sogar detaillierter
- Gewaltschutzkonzept 2015, neu 2019 – wurde in enger Zusammenarbeit mit Fachministerium erarbeitet; ist sich sicher, dass auch Abgeordnete einbezogen wurden
- über Probleme noch einmal detailliert sprechen, aber nicht im öffentlichen Raum
- um Arbeit in Suhl absichern zu können, Dauerbelastung seit Februar 2020 erheblich für das Haus
- Ressourcen zum Einsetzen
  - EAE Suhl 2014 eingerichtet – zwei Leute
  - 2015: 2.000 Geflüchtete – vier Leute
  - 2021 – 11 Leute im Regelbetrieb, während Corona arbeiten 54 daran (mehr als acht Stunden 7 Tage/Woche, auch Weihnachten – niemand beschwert sich)
  - ihn ärgert, dass ein Duktus von oben herab kommt, der an dieser Stelle nicht angebracht ist
- seit Corona alle Ankommenden aufgenommen; verteilt ohne Coronainfektion weiter zu geben – große Leistung
- Lockdown für alle Menschen sehr anstrengend, für Flüchtlinge ist äußeres Leben weggefallen
- Leben von Flüchtlingen konzentriert sich nur in EAE, schlägt sich auf Gemütszustand, viele sind traumatisiert
- so eine langanhaltende Dauerbelastung gab es noch nie
- Problem in Suhl: gute Fachkräfte herzubekommen, weil Art und Weise, wie über Arbeit gesprochen wird, nicht motivierend ist
- wichtige Stellen wurden mehrmals ausgeschrieben

#### StR-Mitgl. Herr Kalkhake, CDU

- sechsjährige Geschichte von LVWA und EAE Suhl ist traurige Geschichte, Geschichte des Versagens – heutiger Bericht bestätigt das
- seit sechs Jahren wird von Vertretern LVWA immer gesagt, was sie nicht können, wofür sie nicht zuständig sind, was sie nicht machen dürfen, was nicht passieren kann, wofür keine Leute da sind
- es ging nicht nur um Kameras, sondern auch um den Zaun, Einlasskontrolle, Wachdienst
- Suhl ist kleine Stadt und EAE ist Riesenbelastung für Einwohner und Stadtverwaltung mit Dingen, die täglich passieren: Quarantäne nicht eingehalten, Wachleute verletzt, Polizeieinsätze, Krankenwagen zerstört, Verkäuferinnen verletzt usw.
- zur Aussage andere Landkreise müssen Flüchtlinge aufnehmen und Suhl braucht das nicht wegen der EAE: in letzten fünf Jahren haben sich über 400 Flüchtlinge zusätzlich niedergelassen, hauptsächlich aus Bereich unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, mit all den Betreuungsaufgaben im Jugendamtsbereich
- auch das ist Zuständigkeit des Landes – Stadt wird wieder allein gelassen
- kann es nicht mehr hören, dass es keine Probleme gibt und alles immer gut läuft
- dass Absonderung der 27 Störenfriede damals in der Quarantäne eine Geschichte der Stadt Suhl gewesen sein soll, ist an Hohn und Spott nicht zu übertreffen – EAE ist Einrichtung des Landes
- neues Landesamt ist endlich etwas Positives; das hat Stadt Suhl schon lange angeregt, dass Zuständigkeiten endlich gebündelt werden
- regen an, dass Sitz des neuen Amtes da sein sollte, wo Probleme und EAE sind, nämlich in Suhl

- wünscht sich von neuer Landesregierung, egal in welcher Zusammensetzung, dass LVwA aufgelöst wird

#### Anfragen der Vorsitzenden

- in Einladung war vermerkt, dass heute Bericht zur aktuellen Lage aber auch zu Maßnahmen der Landesregierung entsprechend der Vorschläge von Herrn Hasenbeck sowie zur geplanten Gründung des Landesamtes gegeben werden sollte
- Welche Maßnahmen konkret wurden umgesetzt?
- Wie ist der Stand der Gründung des Landesamtes?
- Gibt es Hinweise, dass es in Suhl Neuankömmlinge durch Schleppungen gibt? Wenn ja, wie wird das gehändelt?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- gibt klare Zuständigkeiten, wer für welche Vorgänge zuständig ist
  - Kriminalitätsbekämpfung – Polizei
  - arbeiten gern mit Polizei zusammen, ihnen stehen aber nicht andere Quellen wie der Stadt zur Verfügung
  - Wie viel Straffälligkeit geht von EAE aus?
  - alle Statistiken, die er kennt, weisen keine klaren Zahlen zur EAE aus
  - letzte Polizeistatistik 2019:
    - . insgesamt für Suhl gesunkene Kriminalität
    - . weist max. Verdächtige mit Migrationshintergrund aus, nicht Verurteilte
  - Zahlen, die die Stadt zu Schwerpunktdelikten verschickt hat, sagen, dass 2019 Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund um 35 % gesunken ist

#### StR-Mitgl. Herr Kalkhake, CDU

- lt. Kriminalstatistik 2019 ist Anteil tatverdächtiger Ausländer in Suhl über 50 %

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- darin ist aber keine Aussage dazu, wo diese Leute wohnen
- 2/3 der Täter kommen aus Bereich mit keinem Migrationshintergrund
- LVwA muss dafür sorgen, dass Flüchtlinge, die in Thüringen ankommen, untersucht werden, ein sicheres Quartier bekommen – das macht LVwA
- gibt immer wieder Phasen, dass Menschen kommen, die sich nicht an Regeln halten
- glaubt, dass LVwA mit den Maßnahmen, die zu Coronazeiten eingesetzt werden konnten, stark an seine Grenzen gekommen ist – in der Regel bei Ausbrüchen, die mit Quarantäne zu tun hatten
- bei Quarantäne wechselt Zuständigkeit
- letzte Woche 13 positive Fälle in EAE – Suhl hat nichts davon wahrgenommen, nur in Statistik
- dabei keine besonderen Vorkommnisse
- zur Klarstellung, weil er öfter gelesen hat, Herr Hasenbeck wäre Leiter EAE oder vom Ministerpräsidenten dort eingesetzt – ist falsch
- Herr Hasenbeck hat 2020 im Rahmen von Dienstreisen LVwA bei Wahrnehmung von Aufgaben unterstützt
- falls er Suhl am Ende seiner Dienstzeit ein Dokument vorgelegt hat, ihnen hat er keines vorgelegt
- was sie kennen ist eine lange Debatte, die sie auch führen – wie Kompetenzen, auch bei Flüchtlingsbetreuung, verbessert werden können
- sie halten es nicht für klug, dass Zuständigkeiten für Dienstleistungsverträge gesplittet sind – kann man relativ leicht zusammenführen
- Fachaufsicht war immer beim zuständigen Ministerium für Migration und Justiz
- sie treffen sich regelmäßig mit Minister und Staatssekretär und besprechen alles

- Fachministerium hat Modell für Landesamt andiskutiert, dass jetzige zwei Referate auf 17 Referate ausweitet und Personal verdoppelt, nicht in Suhl
- sie haben Stellungnahme abgegeben; haben nichts gegen Gründung eines Landesamtes, glauben aber nicht, dass eigenständiges Landesamt für Migration Aufgaben in Suhl so lösen könnte, wie Suhl sich das vorstellt
- rechtliche Sachen können dort auch nicht anders gelöst werden
- letzter Stand dazu: ist im Diskussionsprozess, ob und wann etwas daraus wird, weiß er nicht
- diese Debatte in Pandemie ist schwierig, weil alle anderes zu tun haben

#### Anfrage des StR-Mitgl. Frau Ehrhardt, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

- spricht für SNG
- versuchen seit September, ihre Rechnungen für Sicherheitsdienst, der in Bussen zum Friedberg in Abendstunden mitfahren muss, unterzubringen
- gab schlimme Vorfälle; Busfahrer haben sich bereits geweigert, diese Linie zu fahren
- Sicherheitsdienst kann nicht weggelassen werden, da es immer noch oft Vorfälle gibt
- Gespräche mit Zuständigen für EAE wurden geführt: jeder findet es gut und SNG soll in Vorleistung gehen
- Stadt und SNG versuchen, Kosten begleichen zu lassen – ständig kommen neue Ausreden, z. B. „versucht es über Förderungen“
- Wo kann die SNG die Rechnungen hinschicken?

#### Oberbürgermeister Herr Knapp

- Herr Roßner falscher Adressat, Frage wurde mit Minister Adams besprochen
- Minister ist Antwort noch schuldig

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- kennt Vorgang nicht, nimmt es aber mit
- wurde mal kurz bei Beratung in EAE angesprochen
- das ist etwas, was verbessert werden muss – besser vernetzen
- würden z. B. gern jemanden haben, der so etwas im Rahmen Umfeldmanagement macht

#### StR-Mitgl. Frau Ehrhardt, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

- SNG macht das gern zum Schutz von Personal, Bürger und Flüchtlinge

#### Anfragen des StR-Mitgl. Herrn Unger, AfD

- Auf wen hat Herr Roßner den Amtseid abgelegt, auf das deutsche Volk oder auf Syrien, Afghanistan?
- Wer bezahlt Herrn Roßner?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- hat Amtseid für Beamte abgelegt – auf Land Thüringen

#### Vorsitzende

- Frage zu Schleppungen ist noch offen

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- Menschen, die herkommen, sagen nicht, dass sie mit Schleppung herkommen
- Erfahrungen sagen, dass von 2.500 Ankommenden 40 % Direktankünfte sind
- wäre verwunderlich, wenn keiner mit Schleppung herkommen würde
- konkret ist nichts bekannt

- evtl. bekommt BAMF etwas heraus
- falls Schleppungen bekannt werden, wird Bundespolizei informiert

#### Anfragen des StR-Mitgl. Herrn Dr. Kummer, CDU

- kontroverse Diskussion logisch, weil jeder – Stadtrat, Mitarbeiter LVwA, Suhler Bevölkerung und Flüchtlinge – unterschiedliche Erfahrungen/Wahrnehmungen haben
- Thema verfolgt Suhl seit 2014 – Geschichte beginnt mit Herangehensweise, die weder transparent noch gesetzeskonform war; es wurde einfach über die Stadt Suhl hinweg gemacht
- Beschlüsse von 2014/2015 wurden an Landesregierung gesandt – Themen/Defizite sind heute noch die Gleichen
- § 44 Asylgesetz „Die Länder sind verpflichtet, für die Unterbringung von Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten.“
- unterhalten heißt personelle und sächliche Voraussetzungen
- Stadträte kennen die Anfänge, als zwei Personen in EAE verantwortlich waren – Anfang war katastrophal
- strukturelle Defizite sind bis heute nicht beseitigt, geht zu Lasten der Flüchtlinge
- öffentliche Wahrnehmung in Suhl ist logisch
- Anzeigen gehen manchmal gegen Null, weil niemand mehr anzeigt – Warum?
- alle Anzeigen, die die SNG gestellt hat, wurden wegen Geringfügigkeit durch Staatsanwaltschaft eingestellt – das versteht die Öffentlichkeit nicht
- Mehrzahl Flüchtlinge möchte ordentliches Asylverfahren, ordentliche Unterbringung usw.
- Herr Roßner sagte, sein zuständiger Minister ist klar
- Koalitionspapier November 2014 steht Satz, der sich bis heute in politische Diskussion hineinzieht: „Es wird angestrebt, Kompetenzen für Integrations- und Migrationspolitik aus dem bisherigen Innenministerium herauszulösen und neu zuzuordnen.“
- in diesem Prozess befindet man sich laufend
- Webseite LVwA – Ausländerrecht ein Referat mit Fachaufsicht, Organigramm vom Migrationsminister zwei Referate mit Fachaufsicht, Staatskanzlei auch ein Referat – das sind Doppeltzuständigkeiten, die aufgelöst werden müssen und die es in dieser Politik nicht geben darf
- das ist Versagen der Landespolitik
- Webseite ist endlich da, sehr gut, in vielen Sprachen
- Runder Tisch, vom Stadtrat 2014 initiiert, muss wieder regelmäßig tagen – bittet Herrn Roßner, entsprechend Initiative zu ergreifen
- von Flüchtlingen müssen auch welche an diesen Tisch, für bessere Zusammenarbeit und um mehr Transparenz reinzubringen
- Infektionsschutzkonzept: Wer ist beim Infektionsschutzkonzept nach § 5 der Verordnung die verantwortliche Person? Wer unterschreibt das Konzept und den Hygieneplan für die EAE?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- LVwA hat über 25 Jahre EAE in Eisenberg betrieben – dort saßen seine Leute und haben dort gearbeitet
- als große Flüchtlingswelle gekommen ist, hat LVwA bis zu 14 Einrichtungen betrieben
- zentrales Ankunftscenter in Gera wurde entwickelt
- reine Politikentscheidung, die nicht LVwA getroffen hat, in Suhl EAE einzurichten
- LVwA nur untergeordnete Behörde, Politik entscheidet
- LVwA wird zur Stellungnahme aufgerufen - hat Suhl nicht als EAE empfohlen, weil im Objekt systemische Schwierigkeiten stecken, die mit allen Konzepten nicht beseitigt werden können, z. B.
  - Wetter – signifikanter Zusammenhang zwischen Wetter und Störungen
  - Nähe zum Schießsportzentrum – Flüchtlinge kommen aus traumatisierten Verhältnissen/Kriegsgebieten
  - bauliche Probleme: Gebäude haben enge niedrige Flure, enge Treppenhäuser – dadurch

- kommt es zu Begegnungssituationen, die Aggressionen hervorrufen können
- haben Gera vorgeschlagen
- wenn Suhl, dann längerfristiger Mietvertrag – dadurch Investitionen möglich
- Verlängerung steht an, haben wieder Stellungnahme abgegeben – dadurch Investitionen im Außenbereich möglich
- Runder Tisch:
  - vor längerer Zeit vorgeschlagen, mit Ministerium abgestimmt, dass Beirat installiert wird
  - Menschen mit Fluchterfahrung sollen in Beirat
  - systemisch ist kurze Verweildauer problematisch – keine Struktur, auf die aufgebaut werden kann

#### Herr Paterok, Leiter EAE

##### Hygienekonzept

- in letzter Verantwortung steht das Amt, LVwA nimmt Dienstleister dafür
- Hygienebeauftragte ist Mitarbeiterin ASB, die entsprechend befähigt ist
- Präsident Roßner hat per Amt gewisse Qualifikation, ist aber keine Hygienefachkraft

#### Nachfrage des StR-Mitgl. Herrn Dr. Kummer, CDU

- von jedem Gastwirt, jedem Vereinsvorsitzenden wird gem. § 5 der 2. Thür. Verordnung über grundlegende Infektionsschutzregeln die Unterschrift der verantwortlichen Person verlangt
- Wer ist für das Infektionsschutzkonzept, dass am 22.02.2021 vorgelegt wurde, die verantwortliche Person und hat diese Person das Konzept unterschrieben?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- muss immer Präsident unterschreiben

#### Nachfrage des StR-Mitgl. Herrn Dr. Kummer, CDU

- dann ist Herr Roßner die verantwortliche Person
- Hat die zuständige Behörde (Gesundheitsamt Stadt Suhl) dieses Konzept verlangt, eingesehen und eine Stellungnahme abgegeben?
- Ist die verantwortliche Person dieser Stellungnahme vollumfänglich nachgekommen?

#### Oberbürgermeister Herr Knapp

- Konzept (Hygieneplan EAE) in Fassung vom 21.10.2020 liegt Gesundheitsamt vor, wurde geprüft
- mit Datum vom 22.02.2021 durch untere Gesundheitsbehörde infektionshygienische Anordnung erlassen, Nachbesserungen vorzunehmen – betreffen Hygieneplan, Infektionsschutzkonzept in Fassung vom 11.11.2020 und noch nicht bestehenden Reinigungs- und Desinfektionsplan
- Frist für Anpassung bis 26.03.2021
- geht davon aus, dass verantwortliche Person das umsetzen wird

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- 25.02. Schreiben vom Gesundheitsamt Suhl – drei Dinge angefordert/bemängelt
  1. - das eine, relativ unbestimmte Formulierung – müssen sich mit Kollegen austauschen – dass eng an Empfehlung des Landesamtes für Verbraucherschutz noch einmal ausgearbeitet werden soll
    - erinnert, dass LVwA Aufsichtsbehörde über die Gesundheitsämter ist
    - ihre Aufsichtsbehörde hat dies auch eingesehen und geprüft, steht auch mit Landesamt für Verbraucherschutz zusammen
    - Empfehlungsschreiben enthält ausdrücklich Sammlung von Maßnahmen, die nicht kumulativ zu sehen sind, sondern komplementär
  2. - machen sie fortlaufend; gibt ständig neue Verordnungen; haben alle damit zu tun, das

- entsprechend nachzuführen
- eine Angabe zum Reinigungsplan nachgefordert – warum die gefehlt hat, weiß er nicht
- gibt Reinigungsplan, der abgezeichnet und bezahlt werden muss
- leider ein Servicevertrag, den sie nicht in Verwaltung haben

#### Nachfrage des StR-Mitgl. Herrn Dr. Kummer, CDU

- Hinweis: auf Seite 2 in den Konzepten nicht schreiben „Datum, Unterschrift Einrichtungsbetreiber“, sondern „verantwortliche Person im Sinne § 5 der Verordnung“
- jeder muss Infektionsschutzkonzept einreichen und unterschreiben
- Warum ist das bei der EAE nicht so?
- hier wird Ausnahme gemacht, das geht nicht – Staat hat Vorbildfunktion

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- hat Gesetz nicht geschrieben
- Betreiber ist Land Thüringen
- im Innenverhältnis hat es LVwA beauftragt, das fürs Land wahrzunehmen
- LVwA ist keine Rechtsperson

#### Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Weltzien, Die Linke.

- freut sich, dass man sich einig ist, dass es kein guter Zustand ist, dass Zuständigkeiten für EAE in fünf Ministerien und LVwA liegen und dass es Bündelung braucht
- Idee, Modell und Erkenntnis, alles in ein Landesamt zu überführen, ist nicht neu und Kabinettsbeschlusslage – nur noch nicht die Ausgestaltung
- irritiert, dass Herr Roßner sagt, dass es bessere Lösungen gegeben hätte
- wünscht sich, dass alle an einem Strang ziehen – bittet Herrn Roßner, Landesregierung bei Einrichtung neues Landesamtes zu unterstützen
- Sehen Sie Zusammenhänge bei den Verstößen gegen die Brandschutzmaßnahmen und den unter Umständen recht karg ausfallenden Abendessensrationen in EAE?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- sieht er nicht
- Fälle müssen einzeln betrachtet werden
- Fälle, die sie rekonstruieren können, haben andere Zusammenhänge – ging um persönliche Angelegenheiten
- Landesregierung hat Bündelungsbehörde – LVwA, sehr vernünftige Lösung
- Landesregierung will kleine Strukturen, die in dieser Zeit schwierig sind, in größere bringen
- Vorgelegtes zum neuen Landesamt wäre Miniamt, wenn es neu kommt und zwischen die Strukturen gelegt würde
- haben vernünftigen Vorschlag gemacht, sollte sich angeschaut werden
- in Praxis ist Zersplitterung der Ämter auf verschiedene Ministerien relativ unproblematisch, nur eins nicht, was Landesamt für Bau betrifft – diese sollten vor Ort sein
  - Dezember schwierige Vorkommnisse bei Quarantänebrechern
  - Brandschutzanlage Haus 18 sehr stark zerstört
  - haben versucht, Vertreter Landesamt für Bau herzuholen
  - diese haben Überstunden zwischen Feiertagen abgebaut
  - wäre nicht gewesen, wenn es bei ihnen gewesen wäre – keiner hat Stunden abgebaut
  - z. Zt. 54 Personen, die Aufgaben EAE absichern – geht im rollierenden Verfahren nicht
- Struktur Landesregierung kann nicht willkürlich hin- und hergeschoben werden
- LVwA hat Sonderaufgaben, die in Pandemie wesentlich sind – könnten nie 150 Leute für Bearbeitung von Anträgen für Quarantänepersonen hinschicken, wenn Amt 200 Personen hätte
- LVwA betreut Pflegeheime, die sie sehr fordern, den öffentlichen Gesundheitsdienst, den Stab für Landesregierung, der täglich aus allen Gebietskörperschaften Zahlen entgegen-

nimmt, sichtet und weiterleitet

- hatten mit Herrn Hasenbeck seit langer Zeit jemanden gehabt, der aus persönlichen Gründen sehr stark daran interessiert ist, dieses nach vorn zu bringen
- Herr Hasenbeck war nie Leiter EAE, hat aber offensichtlich diesen Eindruck erweckt und Auskünfte gegeben, die nicht richtig waren
- weiß nicht, warum Herr Hasenbeck z. B. die damals vorliegenden Hygienekonzepte nicht zur Kenntnis genommen hat
- haben sich im Rahmen der Pandemie Essenzeiten in EAE angesehen
- Zeitfenster wurden ausgedehnt und Sätze fürs Essen deutlich erhöht

#### Nachfrage des StR-Mitgl. Herrn Weltzien, Die Linke.

- Sind Herrn Roßner die Dokumentationen über die Abendessensversorgung bekannt?
- hat drei Fotos vom Essen – kein Mann wird von dieser Portion satt

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- ihm liegt keine Dokumentation vor
- wenn in Detailvorgänge gegangen wird, kann man sehen, dass andere Nahrungsergänzungsmittel eine Rolle gespielt haben

#### Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Jähne, CDU

- Menschen danken, die sich seit Eröffnung EAE eingesetzt haben, z. B. Betreuer Teestube, Angestellte
- DAK hat vom ersten bis letzten Tag ohne Vertrag gearbeitet, Leistungen im sozialen und medizinischen Bereich erbracht
- beachtenswerte Leistungen, vor allem von Mitarbeiterinnen, wurden erbracht – vor allem zu Anfangszeiten, als noch viel mehr Menschen zu betreuen waren
- vor 14 Tagen gab es Bericht in Presse Suhl, dass Einsatzfahrzeug vom ASB sehr stark beschädigt wurde, u. a. Drohne beschädigt, die zur Auffindung von vermissten Personen benutzt wird
- mutmaßlicher Täter soll Bewohner EAE sein
- Sieht Herr Roßner eine Möglichkeit zur Unterstützung bei der Beschaffung einer neuen Drohne, da der ASB auch in der EAE tätig ist?
- seit Eröffnung EAE sind vermehrt Verkäuferinnen, besonders in Innenstadt, massiv betroffen gewesen, Löffeltal und Haseltal durch Einbrüche betroffen, Busfahrer SNG, Polizei
- erst im Februar wurden zwei Frauen verletzt
- Familienangehörige haben Angst, ob sie unverletzt nach Hause kommen
- Welche Botschaft hat Herr Roßner für diese Menschen, auf was können sie sich noch einstellen?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- 2014 hatte DAK keinen Vertrag, aber später ja
- Vertrag wurde neu ausgeschrieben, Wechsel leider nicht einfach erfolgt
- Vorkommnisse mit Fahrzeug haben sie aufgenommen, weitere Informationen nicht für Öffentlichkeit
- wenn ASB auf sie zukommt, werden sie Lösung finden
- alle müssen eine gemeinsame Botschaft nach draußen senden, dass Suhler in Sicherheit leben können und sich keine Sorgen machen müssen
- haben Interesse daran, dass von Geflüchteten keine besondere Gefährdung ausgeht
- wollen auch, dass eigene Mitarbeiter geschützt werden, auch diese gehen besorgt in und aus EAE
- gibt Situationen, wo manche Flüchtlinge es einem schwermachen, wo auch Polizei an ihre Grenzen kommt

- passiert aber auch bei Menschen, die nicht in EAE wohnen
- wundern sich, dass diese besondere Sensibilität an Stadtgrenzen von Suhl halt macht
- Attitüde der Debatte machen gemeinsame Lösungen manchmal schwer
- EAE war fast 30 Jahre in Eisenberg, auch teilweise mit sehr vielen Menschen - keine Probleme mit Konzepten
- hier Debatte, wo versucht wird, sich gegenseitig vorzuwerfen, dass der Andere seine Arbeit nicht richtig macht – Unsinn, Probleme werden so nicht gelöst
- aufpassen, dass irrationalen Ängsten kein Vorschub gegeben wird
- in EAE wohnen Suhler Bürger mit allen Rechten und Pflichten – sind polizeilich gemeldet mit Wohnanschrift
- beste für alle ist, dass Geflüchtete schnell am Zielort ankommen, sich Existenzen aufbauen können
- 2019 gut gelungen, 2020 schwieriger geworden
- im Moment haben Ankommende schwierigere Gemütsverfassung, weil Situation auf Fluchtwegen anders ist
- im Moment Menschen in EAE, die nicht da wären, wenn es Lockdown nicht geben würde – würden andere Unterkünfte finden
- jedes Problem ernst nehmen und „abschichten“ – welches Sicherheitsproblem hat es, z. B. bei Bussen Sicherheitspartnerschaften suchen, die dann auch gemeinsam finanziert werden können

#### Nachfrage des StR-Mitgl. Herrn Jähne, CDU

- seit 2014 begleiten sie das Thema, wollen Lösungen finden
- wollen niemanden diskreditieren, sondern sachlich diskutieren und LVwA unterstützen
- Was kann man den Leuten sagen, besonders denen, in den betroffenen Gebieten?

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- wenn jemand kriminelle Tätigkeiten macht, dann macht nicht Stadtverwaltung etwas für die Bevölkerung, sondern Polizei Suhl
- Polizei muss dieser habhaft werden und entsprechend Strafweg zuführen
- Problem kann nicht Wachdienst am Tor lösen, der nicht mehr Befugnisse hat wie „Jedermannsrecht“
- können Leuten nicht Fiktion geben, dass Hilfspolizei da ist, die in EAE ausschwärmt, wenn Verdacht besteht, dass es Flüchtlinge waren
- Ziel ist eine Verweildauer von drei Wochen, dann sollten Flüchtlinge woanders sein
- LVwA hat Reihe spezieller Klagen nur im konkreten Zusammenhang mit Stadt Suhl
- müssen gemeinsam darüber reden, warum das so ist

#### Vorsitzende

an Herrn Roßner

- Fragen der Stadträte haben gezeigt, dass
  - sie sich sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigen
  - sie Fragen der Bürger aufnehmen und hierherbringen
  - es nicht nur um den schon lange hier sitzenden Bürger geht, sondern auch um Neuankömmlinge, die für 3 – 7 Wochen da sind
  - sie für alle ein friedliches Miteinander haben wollen
- Herr Roßner hat seinen Möglichkeiten entsprechend Antworten gegeben, die bei vielen Stadträten noch Fragen aufgeworfen haben
- Dank an ihn und Herrn Paterok, dass sich beide den Fragen gestellt haben

#### Herr Roßner, Präsident Thür. LVwA

- er bietet an, in Stadtrat wiederzukommen oder auch in einzelne Strukturen

StR-Mitgl. Herr Kalkhake verlässt die Sitzung = 33 Stimmberechtigte anwesend.

### **Geschäftsordnungsantrag Nr. 17/2021**

Vorsitzende

Sie beantragt das Ende der Debatte.

#### **Abstimmungsergebnis:**

25 Ja - 6 Nein - 2 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und der TOP 9 beendet.

### **PAUSE 19.53 – 20.15 Uhr**

StR-Mitgl. Herr Kalkhake nimmt wieder an der Sitzung teil = 34 Stimmberechtigte anwesend.

<b>TOP 11.:    </b> <b>Behandlung von Beschlussvorlagen</b>	- öffentlich -
<b>TOP 11.1.:</b> (Drucksachen-Nr.: 2021-0027) <b>Schulnetzplanung der Stadt Suhl für die Schuljahre 2021/2022 - 2025/2026</b>	- öffentlich -

dazu:

Antrag des StR-Mitgl. Herrn Dr. Kummer, CDU (DS-Nr. 2021-0060)

Schulnetzplanung der Stadt Suhl für die Schuljahre 2021/2022 - 2025/2026

Bestimmungen zu zukünftigen Schulstandorten, Schulbezirken, Inklusion und Migration auf der Grundlage des Thüringer Schulgesetzes (ThürSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 Gesamtausgabe in der Gültigkeit ab 01. August 2021

Hinweise der Vorsitzenden:

- Es wird über beide Vorlagen/Antrag zusammen beraten, aber getrennt abgestimmt.
- Niederschriftsauszug Jugendhilfeausschuss 09.03.2021 – Änderungsantrag
- Niederschriftsauszug Hauptausschuss 17.03.2021 – Änderungsantrag
- beide Änderungsanträge sind identisch

### **Geschäftsordnungsantrag Nr. 18/2021**

StR-Mitgl. Frau Ehrhardt, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

Sie beantragt die Verweisung der Vorlage in den Jugendhilfeausschuss und Hauptausschuss sowie die erneute Beratung im Stadtrat April 2021.

#### **Abstimmungsergebnis:**

33 Ja - 1 Nein - 0 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und die Vorlage in den Jugendhilfeausschuss und Hauptausschuss verwiesen.

**TOP** Beschluss-Nummer: **STR 347/23/2021**

**11.1.1.:** (Drucksachen-Nr.: 2021-0060)

**Schulnetzplanung der Stadt Suhl für die Schuljahre 2021/2022 - 2025/2026**

**Bestimmungen zu zukünftigen Schulstandorten, Schulbezirken, Inklusion und Migration auf der Grundlage des Thüringer Schulgesetzes (ThürSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 Gesamtausgabe in der Gültigkeit ab 01. August 2021**

- öffentlich -

Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke., Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen und SPD (vorge-  
tragen durch StR-Mitgl. Frau Müller)

Sie beantragen eine Ergänzung des Beschlusspunktes 2 am Anfang: Sollte die Beibehaltung der bisherigen Grundschulbezirke für Schmiedefeld, Vesser und Gehlberg nicht möglich sein, wird ...

**Abstimmungsergebnis:**

29 Ja - 0 Nein - 5 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit wird der Änderungsantrag angenommen.

Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke., Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen und SPD (vorge-  
tragen durch StR-Mitgl. Frau Müller)

Sie beantragen, den Punkt 3 aus dem Antrag herauszunehmen und extra abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

33 Ja - 0 Nein - 1 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit wird der Änderungsantrag angenommen.

**Der Stadtrat der Stadt Suhl beschließt:**

1. Die bestehende ImPulsschule (Regelschule) ist gemäß dem Beschluss des Stadtrates Suhl Nr. 499/6/2018 vom 31.01.2018 mit dem Vertrag über die Eingliederung der Gemeinde Schmiedefeld am Rennsteig zu erhalten.
2. Sollte die Beibehaltung der bisherigen Grundschulbezirke für Schmiedefeld, Vesser und Gehlberg nicht möglich sein, wird an der ImPulsschule Schmiedefeld zu dem bereits bestehenden Regelschulzug ab dem Schuljahr 2022/2023 ein Grundschulzug eingerichtet. Gehlberg gehört künftig zum Schulbezirk der ImPulsschule und deren Grundschulzug.
3. Der Schulträger entscheidet auf der Grundlage der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe (s. Anlage zur BV Seite 9 und 12) mit Mediation durch das ThILM spätestens im August 2021 über die Art und Weise und die Umsetzung zum Schuljahr 2022/2023 eines Kooperationsmodells nach § 41 e) (1) und (2).

**Abstimmungsergebnis:**

31 Ja - 0 Nein - 3 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit sind die Punkte 3.1 – 3.3 beschlossen.

**Geschäftsordnungsantrag Nr. 19/2021**

Fraktionen Die Linke., Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen und SPD (vorgetragen durch StR-Mitgl. Frau Müller)

Sie beantragen die Verweisung der restlichen Punkte des Antrages in den Jugendhilfeausschuss und Hauptausschuss sowie die erneute Beratung im Stadtrat April 2021.

**Abstimmungsergebnis:**

31 Ja - 0 Nein - 2 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag, außer Punkt 3, in den Jugendhilfeausschuss und Hauptausschuss verwiesen.

**TOP 11.2.:** Beschluss-Nummer: **STR 348/23/2021**

(Drucksachen-Nr.: 2021-0029)

**Stellungnahme zum Entwurf des Schulnetzplanes des Ilm-Kreises ab dem Schuljahr 2021/2022**

- öffentlich -

**Der Stadtrat beschließt:**

Der Oberbürgermeister der Stadt Suhl wird beauftragt gegenüber dem Ilm-Kreis folgende Stellungnahme zum Entwurf des Schulnetzplanes ab dem Schuljahr 2021/2022 abzugeben.

1. Der Ilm-Kreis wird gebeten in seiner Schulnetzplanung die Ortsteile der Stadt Suhl Schmiedefeld und Vesser wieder in den Schulbezirk der Grundschule Stützerbach aufzunehmen.
2. Der Ilm-Kreis wird gebeten in seiner Schulnetzplanung den Ortsteil der Stadt Suhl Gehlberg wieder in den Schulbezirk der Grundschule „An der Burglehne“ Gräfenroda aufzunehmen.
3. Der Ilm-Kreis wird gebeten in seiner Schulnetzplanung die Staatliche Gemeinschaftsschule Gräfenroda als nächstgelegene Schule i. S. d. § 15a ThürSchulG für Ortsteil der Stadt Suhl Gehlberg zu definieren.
4. Der Ilm-Kreis wird gebeten in seiner Schulnetzplanung die Ortsteile der Stadt Ilmenau Stützerbach und Frauenwald mit Allzunah wieder dem Schulbezirk der Regelschule ImpULS-Schule im Ortsteil der Stadt Suhl Schmiedefeld zuzuordnen.

**Abstimmungsergebnis:**

13 Ja - 5 Nein - 16 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

**TOP 11.3.:** Beschluss-Nummer: **STR 349/23/2021**

(Drucksachen-Nr.: 2021-0038)

**Stellungnahme zum Berufsschulnetz des Ilm-Kreis ab dem Schuljahr 2022/2023**

- öffentlich -

**Der Stadtrat beschließt:**

Der Oberbürgermeister der Stadt Suhl wird beauftragt gegenüber dem Ilm-Kreis folgende Stellungnahme zum Entwurf des Berufsschulnetzes des Ilm-Kreises ab dem Schuljahr 2022/2023 für die Staatliche Berufsbildende Schule „Staatliches Berufsschulzentrum Arnstadt-Ilmenau“ abzugeben:

Die Stadt Suhl unterstützt die Erhaltung des Schulstandortes Arnstadt für die Ausbildung Graveur/Metallbildner entsprechend des vorgelegten Entwurfs des Schulnetzplans des Ilm-Kreises ab dem Schuljahr 2022/23 für die Staatliche Berufsbildende Schule „Staatliches Berufsschulzentrum Arnstadt-Ilmenau“ des Ilm-Kreises.

**Abstimmungsergebnis:**

34 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

**TOP 11.4.:** Beschluss-Nummer: **STR 350/23/2021**

(Drucksachen-Nr.: 2021-0045)

**Übertragung von im Rahmen der Eingemeindung von Schmiedefeld und Gehlberg übernommenen Vermögensgegenständen an den Eigenbetrieb "Kommunalwirtschaftliche Dienstleistungen Suhl"**

- öffentlich -

Hinweis des StR-Mitgl. Herrn Dr. Triebel, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

- in Position 12 steht für 17 Bäume Anschaffungswert und Restbuchwert von jeweils ca. 14.000 €
- vermutet, dass Liste Koch genommen wurde, um den Baumwert zu ermitteln
- Bäume hatten damals nicht diesen Wert und werden ihn heute auch nicht haben, falls sie veräußert werden würden
- ist nur Schadensersatzwert
- würden Bäume jetzt sterben, würde Bilanzverlust von 14.000 € eintreten
- Liste Koch für Vermögenswertermittlung nicht geeignet

Finanzdezernent Herr Reigl

- bietet an, im Werkausschuss EBKDS zu erklären, wie Wert zustande gekommen ist

**Der Stadtrat beschließt:**

Dem Eigenbetrieb KDS werden rückwirkend zum 30.09.2020 die in der Anlage aufgeführten Vermögensgegenstände aus der Eingemeindung der Orte Schmiedefeld und Gehlberg als Vermögen übertragen.

**Abstimmungsergebnis:**

34 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

**TOP 11.5.:** Beschluss-Nummer: **STR 351/23/2021**

(Drucksachen-Nr.: 2021-0046)

**Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2021 für die Investitionsmaßnahme "Ersatzneubau Ufermauer An der Lauter"**

- öffentlich -

**Der Stadtrat beschließt:**

Die Bereitstellung finanzieller Mittel i. H. v. 575 T€ wird im Wege der Planfortschreibung 2021 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 10 Abs. 1 Nr. 1 ThürKDG vor Verabschiedung des Haushaltsplanes 2021 für die Investitionsmaßnahme „Ersatzneubau Ufermauer An der Lauter“ bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

34 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 34 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

StR-Mitgl. Frau Recknagel verlässt die Sitzung = 33 Stimmberechtigte anwesend.

**TOP 11.6.:** Beschluss-Nummer: **STR 352/23/2021**

(Drucksachen-Nr.: 2021-0055)

**Zustimmung zum Ruhen des Normenkontrollverfahrens Stadt Suhl gegen Stadt Zella-Mehlis**

- öffentlich -

### **Geschäftsordnungsantrag Nr. 20A/2021**

StR-Mitgl. Herr Dr. Triebel, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen

Er beantragt die Zurückstellung der Vorlage, bis das Regionale Einzelhandelskonzept für das perspektivische Oberzentrum Südthüringen vorliegt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja - 21 Nein - 2 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

#### **Der Stadtrat beschließt:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechend der Anfrage des Thüringer Oberverwaltungsgerichtes dem Ruhen des Normenkontrollverfahrens zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

24 Ja - 6 Nein - 3 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

**PAUSE 21.24 – 21.34 Uhr**

### **Geschäftsordnungsantrag Nr. 21/2021**

Vorsitzende

Sie beantragt die Verlängerung der Sitzung bis alle TOPs beraten wurden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

18 Ja - 6 Nein - 6 Enthaltungen von 33 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und die Sitzungszeit verlängert.  
StR-Mitgl. Herr Mühlheim verlässt die Sitzung = 32 Stimmberechtigte anwesend.

**TOP 11.7.:** Beschluss-Nummer: **STR 353/23/2021**

(Drucksachen-Nr.: 2021-0057)

**Beschluss eines Maßnahmenpaketes der Stadt Suhl zur Unterstützung der Suhler Wirtschaft, insbesondere der Gewerbetreibenden und Gastronomen der Suhler Innenstadt (Suhler Starthilfe)**

öffentlich -

Vorschlag des StR-Mitgl. Herrn Kalkhake, CDU und Frau Ehrhardt, Freie Wähler – Bündnis 90/Die Grünen

Sie schlagen vor, dass sich die Fraktionen mit einem Brief an die IHK wenden und vorschlagen, dass die IHK in Not geratenen Gewerbetreibenden, die IHK-Mitglied sind, während der Corona-Zeit die Beiträge erlässt.

Frau Ehrhardt erklärt sich bereit, diesen Brief zu verfassen.

Ergänzung durch StR-Mitgl. Herrn Jähne, CDU

Findet den Vorschlag gut und schlägt das Gleiche für die Handwerkskammer vor.

#### **Der Stadtrat beschließt:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das in der Anlage 1 befindliche Maßnahmenpaket für die Suhler Wirtschaft, insbesondere die Gewerbetreibenden und Gastronomen der Suhler Innenstadt umzusetzen, sofern keine rechtlichen oder finanziellen Vorgaben entgegenstehen.

Die sich aus dem Maßnahmenpaket ergebenden Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben sind, sofern sie nicht bereits im Entwurf des Haushaltes 2021 berücksichtigt sind, aus dem laufenden Haushalt zu decken. Sollten sich daraus wesentliche Einschränkungen für vorgesehene investive Projekte ergeben, ist der Finanzausschuss umgehend zu informieren.

Der Oberbürgermeister berichtet im Rahmen seiner Informationen im Stadtrat regelmäßig zum Stand der Umsetzung des Maßnahmenpaketes.

Das vorgeschlagene Maßnahmenpaket wird zum Zeitpunkt der Aufhebung der pandemiebedingten Einschränkungen für Einzelhandel und Gastronomie zum Tragen kommen.

**Abstimmungsergebnis:**

32 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 32 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage beschlossen.

StR-Mitgl. Herr Dr. Triebel verlässt die Sitzung = 31 Stimmberechtigte anwesend.

<b>TOP 12.:</b> <b>Behandlung von Anträgen</b>	- öffentlich -
<b>TOP 12.1.:</b> (Drucksachen-Nr.: 2021-0056) Kulturausschuss <b>Aufhebung des kw-Vermerkes Punkt 38, 6. Fortschreibung Haushalts- sicherungskonzept der Stadt Suhl bis 2025</b>	- öffentlich -

**Geschäftsordnungsantrag Nr. 22/2021**

Oberbürgermeister Herr Knapp

Er beantragt die Verweisung in den Finanzausschuss. Dort soll der Antrag bei der Diskussion des Haushaltssicherungskonzeptes mit beraten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

23 Ja - 7 Nein - 1 Enthaltungen von 31 Stimmberechtigten

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen.

<b>TOP 12.2.:</b> Beschluss-Nummer: <b>STR 354/23/2021</b> (Drucksachen-Nr.: 2021-0059) Fraktion Die Linke. <b>Neubesetzung Stadtentwicklungsausschuss</b>	- öffentlich -
---	----------------

**Der Stadtrat beschließt:**

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Klaus Lamprecht macht sich eine Neubesetzung des Stadtentwicklungsausschusses notwendig.

2. Vertreter im Ausschuss:

Alt: Klaus Lamprecht

Neu: Dieter Spieker

**Abstimmungsergebnis:**

30 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 31 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag beschlossen.

<b>TOP 13.: Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters</b>	öffentlich -
<b>TOP 13.1.:</b> Information über einen gefassten Beschluss des Werkausschuss EBKDS in seiner 14. Sitzung am 09.02.2021	öffentlich -
<b>TOP 13.2.:</b> Information über gefasste Beschlüsse des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport in seiner 15. Sitzung am 11.02.2021	öffentlich -
<b>TOP 13.3.:</b> Information über gefasste Beschlüsse des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses in seiner 21. Sitzung am 16.02.2021	öffentlich -
<b>TOP 14.: Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (2) Geschäftsordnung</b>	öffentlich -

Anfragen des StR-Mitgl. Herrn Dr. Uske, CDU

1. Wie viele Bauanfragen mit Bezug zu Bau, Umbau, Erweiterung, Veränderung von Wohnraum gab es im Jahr 2020 und bis dato 2021?
2. Wie viele der in 1. genannten Bauanfragen des Jahres 2020 wurden seitdem genehmigt?
3. Wie hoch ist der Anteil genehmigter Bauanfragen je gestellten Bauanfragen pro Jahr (2019 und 2020) in Suhl im Vergleich zu Zella-Mehlis bzw. hilfsweise Schmalkalden-Meiningen?
4. Wie viele Baugenehmigungen wurden im Jahr 2020 und bis dato 2021 insgesamt erteilt?
5. Wie lange dauerte die Bearbeitung eines solchen Bauantrages im Durchschnitt im Jahr 2020?
6. Was waren die wichtigsten Versagensgründe abgelehnter Bauanfragen?
7. Sieht die Stadtverwaltung in einer Neuausrichtung der bestehenden Genehmigungspraxis Potenziale, junge Familien und Zuzugswillige für Suhl zu gewinnen?
8. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, Bauanfragen schneller, lösungsorientierter und bürgerfreundlicher zu beantworten?

Er bittet um eine schriftliche Antwort.

StR-Mitgl. Herr Schwarz verlässt die Sitzung = 30 Stimmberechtigte anwesend.

Anfrage des StR-Mitgl. Frau Müller, SPD

Was machen die Belüftungsgräte für die Schulen?

Oberbürgermeister Herr Knapp

- Freistaat hat Sonderbudget von 5 Mio. € für Schulträger beschlossen, davon 500 T€ für wissenschaftliche Begleitung vorgesehen - Suhl erhält 54 T€
- Aussage Infrastrukturministerium: Mittel sind zur Anschaffung von CO<sub>2</sub>-Meldern und Luftfilter für Räume ohne natürliche Lüftungsmöglichkeiten
- Verwaltung berät gerade dazu, Geld wird nicht für alle Klassenräume reichen
- Vorschriften Kultusministerium: selbst wenn ein Filter vorhanden ist, entbindet dieser nicht vom Lüften durch Fenster
- gesponserte Geräte von Eltern dürfen aufgestellt werden
- Bescheid für Mittel liegt noch nicht vor

StR-Mitgl. Herr Kalkhake verlässt die Sitzung = 29 Stimmberechtigte anwesend.

Noch in Bearbeitung befindliche Anfragen an den Stadtrat bzw. Oberbürgermeister:

- Anfrage des StR-Mitgl. Frau Müller, SPD, vom 17.02.2021 zum Räumplan Winterdienst der Stadt

**Nicht öffentlicher Teil**

Damit beendet die Vorsitzende die 23. Sitzung des Stadtrates Suhl.

---

Manuela Habelt  
Vorsitzende des Stadtrates

---

Polleit, Carmen  
Schriftführerin